

**Positionsbezug des Bundesrats zur Uno-Antirassismus-Folgekonferenz
„Durban Überprüfungskonferenz“ vom 20.-24. 4. 2009 in Genf**

Die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI), der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) und die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz (PLJS) sind in grosser Sorge, dass die im April 2009 in Genf stattfindende Durban-Überprüfungskonferenz von verschiedenen Staaten und NGOs erneut für eine Anti-Israel-Plattform und damit gleichzeitig für antisemitische Aussagen genutzt wird. Bereits die 2001 in Durban organisierte erste Weltkonferenz gegen Rassismus wurde von zahlreichen teilnehmenden Staaten und NGOs politisch missbraucht und entwickelte sich weitgehend zu einer Antisemitismus- und Anti-Israel-Veranstaltung. Ausdruck davon war die pointierte Distanzierung der Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson von der Schlusserklärung der NGO-Begleitkonferenz. Diese Instrumentalisierung überschattete die eigentliche Zielsetzung der Konferenz, die weltweite Bekämpfung des Rassismus zu fördern.

Wir sind überzeugt, dass die Schweiz als Gastgeberstaat der Durban-Überprüfungskonferenz ein hohes Interesse daran hat, dass das aus menschenrechtlicher Sicht zentrale Ziel der Konferenz – die Umsetzung des 2001 beschlossenen Aktionsprogramms zu überprüfen – eingehalten wird. Nach der Durchführung der Regionalkonferenzen und der Oktober-Vorbereitungskonferenz in Genf zeichnet sich jedoch ab, dass die Überprüfungskonferenz erneut Plattform für antisemitische Ausfälle sein und der Staat Israel als einziges Land unter dem Vorwand von Rassismus verurteilt werden soll.

Nachdem bereits verschiedene EU-Staaten ihre Teilnahme an Bedingungen geknüpft haben, fordern die drei Organisationen auch den Bundesrat zu einer Klarstellung seiner Position auf.

Wir erwarten, dass der Bundesrat

- seine generelle inhaltliche Position gegenüber der Durban-Überprüfungskonferenz vorgängig zur Konferenz öffentlich macht,
- sich schon im Vorfeld gegen Rassismus und Antisemitismus verwahrt,
- seine Haltung gegenüber den von verschiedenen vorbereitenden Regionalkonferenzen gefassten Beschlüssen und der Arbeit der Oktober-Vorbereitungskonferenz erläutert, wonach erneut explizit der Staat Israel des rassistischen Handelns angeklagt und verurteilt werden soll,
- sich dazu äussert, ob und unter welchen Bedingungen er eine Nicht-Teilnahme an der Konferenz in Betracht zieht, respektive wann die Limite erreicht ist, dass sich die Schweiz von den Ergebnissen der Konferenz distanzieren,
- sich einsetzt, dass es am Rande der Konferenz in Genf nicht zu antisemitischen Ausfällen kommt.

Für weitere Auskünfte:

Vreni Müller-Hemmi
Zentralpräsidentin GSI
044 260 51 92
079 357 43 92

Herbert Winter
Präsident SIG
044 251 81 00

Nicole Poell / Jean Marc Brunshwig
Co-Präsidium PLJS
044 918 12 54 /